

Forum

China: Aus dem Gleichgewicht geworfen durch Corona und den Ukraine-Krieg?



THEODOR H. WINKLER

Eine Goldmedaille für Xi Jinping

Als Der chinesische Präsident Xi Jinping am 20. Februar 2022 die olympischen Winterspiele in Beijing förmlich schloss, war für ihn die Welt in Ordnung – sehr sogar. Da waren die Spiele selbst, in denen die Chinesen die grösste Delegation gestellt und 15 Medaillen gewonnen hatten (darunter nicht weniger als neun Goldmedaillen). Das war beeindruckend. Xi ging weiter. Er erklärte, ausländische Stimmen hätten erklärt, China (sprich: Xi selbst) hätte auch für die Handhabung der Corona-Krise während der Spiele eine Goldmedaille verdient. Strikte, flächendeckende Lockdowns schon bei einem einzigen Fall hatten dafür gesorgt, dass China mit seinen, 1,3 Milliarden. Einwohnern nur 15 000 Todesfälle zu verzeichnen hatte, verglichen mit 6,3 Millionen To-



ALT-BOTSCHAFTER DR. THEODOR H. WINKLER gilt als «sicherheitspolitischer Vordenker» der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung). Er ist einer der Architekten der Schweizer Sicherheitspolitik der 1990er Jahre und geistiger Vater der drei Genfer Zentren des Bundes: Sicherheitspolitik (GCSP), humanitäre Minenräumung (GICHD) sowie gute Regierungsführung im Sicherheitsbereich (DCAF). Theodor Winkler stand dem DCAF von 2000 bis 2016 als dessen Direktor vor. Zusammen mit Philippe Burrin konzipierte Winkler auch die «Maison de la Paix», einen modernen Glaskomplex im Zentrum des internationalen Genf, der eine der bedeutsamsten sicherheitspolitischen Denkfabriken der Welt beherbergt. E-Mail: thewinklers@bluewin.ch



ten weltweit und mehr als 1 Millionen Toten in den bevölkerungsmässig mehr als viermal kleineren USA. Xi sah sich in seiner Meinung bestärkt, dass China den USA und den liberalen Demokratien turmhoch überlegen sei, und dass die Zeit gekommen sei, seinen Anspruch auf eine dominierende Stellung in der Welt zu untermauern. Seine Corona-Politik wurde zum Symbol dieser Überlegenheit erklärt und in Zeiten des schnell wachsenden Personenkults eng mit der Person Xis verknüpft.

Getragen wurde der chinesische Weg zum Erfolg durch das erstaunliche wirtschaftliche Wachstum, das auf Chinas 2001 Beitritt zur Welthandelsorganisation gefolgt war. China wandelte sich vom Produzenten von Massenware und Billigprodukten, die Europas Warenhäuser überschwemmten, zum Hersteller von Hochtechnologieprodukten. Das chinesische BSP stieg von 1333 Milliarden USD 2001 auf 17500 Milliarden USD 2021 an. Für 2022 wurde, nachdem sie sich im IV. Quartal 2021 mit einem weltweit einzigartigen Wachstumsschub von über 70 Prozent aus dem Corona-Tief verabschiedet hatte, mit einer erneuten Zunahme des BSP von 9,5 Prozent gerechnet. 2030 würde China die USA als führende Wirtschaftsnation der Welt überholen. Chinas Wirtschaftshimmel war, als die olympische Fahne erlosch, strahlendblau und praktisch wolkenlos.

Sicherheitspolitisch wird Chinas wachsende Macht durch das Verhältnis zu Russland versinnbildlicht. Russland ist in einer engen Partnerschaft eingebunden, in der China mit seinem mehr als zehnmals grösserem BSP unzweideutig der führende Partner ist. China hat mit dem Schritt die Grundlage für ein Bündnis der autoritären Staaten gegen die liberalen Demokratien geschaffen. Russlands militärische Macht ist China nützlich – zumindest bis es den Ausbau seiner eigenen Streitkräfte weiter vorangetrieben hat.

Auf der persönlichen Ebene verstehen sich Putin und Xi offenbar blendend. Sie haben sich bereits 38-mal getroffen. Am 4. Februar 2022, anlässlich der Eröffnung der olympischen Winterspiele unterzeichneten beide Seiten ein gemeinsames «Manifest», das eine «neue Ära in der Weltordnung» einleiten soll. Es ist klar gegen die USA und die westlichen Demokratien gerichtet, bestreitet deren weltpolitischen Führungsanspruch und fordert sowohl für Russland wie für China Zonen speziellen Interesses. Trotz all dem geht China im Ukraine-

Krieg nicht über eine Russland gegenüber freundliche Neutralität hinaus.

Im Inland geht die Sicherung der Herrschaft der kommunistischen Partei Chinas mit Riesenschritten voran. Ein elektronisches Überwachungssystem, gekoppelt mit einem Bewertungsmodell, in dem die gesamte Bevölkerung im Hinblick auf ihre Regimetreue geprüft und qualifiziert werden soll, verspricht umfassende Kontrolle vom Typ der «Schönen neuen Welt». Angehörige von Minderheiten, wie den Uiguren, aber auch der Tibeter, werden rücksichtslos in Umerziehungslager gesteckt.

Das gigantische «One Belt, One Road»-Programm, mit dem China fremde Infrastruktur-Programme finanziert und dann durch chinesische Firmen ausführen lässt, verspricht China zum dominanten Partner von Dutzenden von Ländern zu machen – und China vor allem auch in Europa, dem Endbahnhof des Netzwerks, massiven Einfluss zu sichern. Die zahlreichen Strategien, die Xi Jinping eng aufeinander abgestimmt und den gesamten wirtschaftlichen und technologischen Bereich abdeckend, lanciert hat, zeitigen Resultate, die sein Streben nach der Weltherrschaft unterstützen. China verfolgt eine integrierte, vielschichtige Strategie zur Technologie-Akquisition, eine Bildungspolitik, die jedes Jahr mehr als 4,5 Millionen Hochschulabsolvierende in den technisch-mathematischen Fächern verspricht, die gezielte Förderung von Chinas führender Weltmarktposition in zahlreichen Schlüsselbereichen wie der Halbleitertechnologie, der seltenen Erden, dem Batteriebau, der Künstliche Intelligenz, den Elektroautos, der Photovoltaik-Zellen, der Medikamente und vieles andere mehr. China wird dank dieser Programme autark und marktbeherrschend in vielen Regionen der Welt. Es wird auch der grösste Geldgeber der Welt.

Eine Zeitenwende auch für China

Doch nur vier Tage nach dem Ende der Spiele ging etwas schief, dramatisch schief: Russland marschierte in der Ukraine ein. Das löste eine scharfe Ost-West-Konfrontation aus, eine Zeitenwende. Es ist unklar, ob Xi von Putin über den bevorstehenden Angriff informiert worden war oder nicht. Es gibt Stimmen, die behaupten, dass dem so war. Xi habe lediglich gebeten, bis nach Ende der olympischen Schlusszeremonie zu warten. Xi selbst



«Die Invasion der Ukraine veränderte Chinas strategisches Umfeld fundamental und stellt es dementsprechend vor neue politische Herausforderungen.»

bestreitet jede Vorkenntnis. Wie dem auch gewesen sei, die Invasion der Ukraine veränderte Chinas strategisches Umfeld fundamental und stellt es dementsprechend vor neue politische Herausforderungen.

Chinas aussenpolitische Reaktion war nuanciert und vorsichtig. Es vermied peinlichst, den Angriff zu unterstützen, meinte aber die USA hätten mit der NATO-Erweiterung eine Russland bedrohende Realität geschaffen. Entsprechend enthielt sich China im UNO Sicherheitsrat und in der UNO-Vollversammlung der Stimme, als diesen Gremien Resolutionen zur Abstimmung vorgelegt wurden, die eine scharfe Verurteilung Russlands vorsahen. China plädierte wiederholt für Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien. Es war politisch in der Sache hin- und hergerissen. Die Unterstützung Russlands entsprach seinen Überzeugungen, der Schutz der territorialen Integrität der Ukraine wegen Taiwan seiner wichtigsten politischen Leitlinie.

Nach Innen – in Richtung eigener Bevölkerung, deren Zugang zu Informationen rigoros eingeschränkt und kontrolliert ist – hat China hingegen klar für Russland Stellung bezogen und die NATO als Aggressor dargestellt. 80 Prozent der chinesischen Bevölkerung dürften folglich den Konflikt durch Moskaus Augen sehen. An diesem Beispiel kann man erkennen, dass ein Faktor, dessen Bedeutung in den internationalen Beziehungen immer schwerer ins Gewicht fällt, die fehlende oder falsche Information der Bevölkerung ist. China und Russland manipulieren systematisch und mit Erfolg die öffentliche Meinung. In den USA glaubt ein Drittel der Amerikaner, Biden habe die Wahl gestohlen. 41 Prozent sind der Meinung, dass man sich der Regierung mit Waffengewalt widersetzen kann und soll. Seit der Erfindung von Social Media, das die Manipulation der Bevölkerung stark erleichtert, wird so systematisch eine wesentliche Basis der Demokratie immer stärker unterhöhlt.

China stützte Russland im Finanzsektor, um dessen Ausschluss aus SWIFT zu kompensieren und erhöhte seine Importe aus Russland. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden weiter vertieft und stark ausgebaut.

Gleichzeitig dürfte es aber auch sichergestellt haben, dass Moskau inskünftig Beijing über solche Aktionen nicht nur informiert, sondern Xi konsultiert. Der Preis, den Moskau für Putins Krieg im Verhältnis zu China zu zahlen hat, dürfte hoch sein.

Eine Gnadenfrist für Taiwan

China wurde sichtlich überrascht vom internationalen Schulterchluss, den Moskaus Angriff auslöste. Der Westen hatte im Falle des Gleichschaltung Hongkongs nicht diese Vehemenz gezeigt. Trump hatte das kaum berührt, kann er doch mit demokratischen Prinzipien ohnehin nur wenig anfangen. Xi jedoch wurde doppelt überrascht. Er hatte die westliche Reaktion nicht erwartet und den Westen zu einer solchen auch nicht mehr als fähig erachtet. Die Rückgewinnung Taiwans ist Xis oberstes politisches Ziel. Er sieht die Wiedervereinigung als sein «legacy project», will es also in den nächsten sechs Jahren, spätestens aber bis 2032, dem Ende einer sehr wahrscheinlichen vierten Amtszeit von Xi, verwirklichen.

«China wurde sichtlich überrascht vom internationalen Schulterchluss, den Moskaus Angriff auslöste. Der Westen hatte im Falle des Gleichschaltung Hongkongs nicht diese Vehemenz gezeigt.»

Taiwan dürfte dadurch wertvolle Zeit gewonnen haben. China entschied sich jedenfalls gegen die Option, die Insel im Windschatten des Ukraine-Krieges anzugreifen. Dazu trug wesentlich bei, dass man militärisch wohl noch nicht bereit war. Experten sehen China militärisch erst ab 2027 in der Lage, die Insel mit Erfolg anzugreifen. Bis dann, so glaubt man, würde China vor allem den amerikanischen Vorsprung in der operativen Integration aller Aufklärungsergebnissen in das operative Gefechtsfeld (C4ISR: Command, Control, Communication, Computer, Intelligence, Surveillance, Reconnaissance) aufgeholt haben. Auf dieser Fähigkeit zur «full-scale battlefield dominance» beruht letztlich die amerikanische militärische Überlegenheit. Xi Jinping erhöht aber schon jetzt den Druck auf Taiwan. China verletzt systematisch Taiwans Luftverteidigungszone, die nicht identisch ist mit dem nationalen Luftraum Taiwans, sondern erheblich grösser und gar Teile des

«Insbesondere die USA wollen China nicht zu einem gefährlichen militärischen Gegner heranwachsen sehen. Sie wollen keinen Krieg mit Beijing – weder kalt noch heiss – sondern suchen ein Arrangement. Aber nicht um jeden Preis.»

Festlands einbezieht. An einzelnen Tagen finden bis zu 40 solcher Verletzungen statt.

Asien kennt kein westliches kollektives Verteidigungsbündnis wie die NATO. Das Rückgrat der westlichen Position im asiatischen Raum sind bilaterale Bündnisse der USA mit praktisch allen wichtigen Staaten der Region. Trump hat, wie schon in Europa, aber auch hier Zweifel an der amerikanischen Bündnistreue geweckt. Biden ist sichtlich bemüht, diese Zweifel zu zerstreuen und das bilaterale Netzwerk durch neue multilaterale Bündnisse weiter zu stärken und zu ergänzen. Es war kein «Versprecher», dass Biden ausgerechnet in Japan, Washingtons wichtigstem Verbündeten in Asien, ohne Wenn und Aber, erklärte, die USA würden Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs verteidigen. Es war eine klare Botschaft, dass die USA zu ihren Bündnissen stehen würde – im Falle Taiwans und erst recht im Falle Japans, Amerikas wichtigsten Alliierten in Asien. Wie schon so oft zuvor, korrigierte das Weisse Haus später die Aussage und hielt an der alten Politik der «strategischen Zweideutigkeit» fest. Unter dieser stärken die USA durch Waffenlieferungen Taiwans Verteidigungsbereitschaft, behalten sich aber den letzten Entscheid vor, ob sie im Falle einer chinesischen Invasion auf Taiwans Seite militärisch eingreifen würden.

Die USA ergänzen diese bilateralen Verteidigungsverpflichtungen mit neuen multilateralen Bündnissen zu einem neuen asiatischen Allianzsystem, in dem die Vereinigten Staaten im Zentrum stehen. Dies soll sicherstellen, dass das 21. Jahrhundert wohl zu einem asiatischen Jahrhundert wird, aber nicht unbedingt zu einem chinesischen. Die USA haben zusammen mit Australien und Grossbritannien ein neues Bündnis in Asien geschaffen (AUKUS). Noch bedeutsamer: Sie haben mit Indien, Japan und Australien ein quadrilaterales sicherheitspolitisches Dialog-Forum geschaffen, das

«Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat somit China gesamthaft deutlich mehr geschadet als genutzt. Die grössere Abhängigkeit Russlands ist ein auf Dauer wichtiger Gewinn. Die Mobilisierung des Westens und insbesondere der USA kurz- bis mittelfristig jedoch ein klarer Rückschlag.»

klar das Vereiteln des chinesischen Ausgreifens zum Ziel hat. Indien hat sich bei der Anti-Russland-Resolution in der UN-Vollversammlung der Stimme enthalten. Wenn

es um das Eindämmen Chinas geht, ist das Land weniger zimperlich. Sein gelegentliches Flirten mit einer chinesischen Partnerschaft ist reines «window dressing» und soll nur seinen Marktwert steigern.

Wirtschaftlich baut Biden auf das «Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity», dem sich – neben den USA – 13 asiatische Länder (Australien, Brunei, Indien, Indonesien, und Japan, Südkorea, Neuseeland, Singapur, Malaysia, die Philippinen, Vietnam, Thailand) angeschlossen haben. Biden war auch die treibende Kraft hinter dem Projekt der G7, nicht weniger als 600 Milliarden USD in einem Anti-Seidenstrasse-Projekt in die Infrastruktur des Globalen Südens zu investieren. Dabei soll das Geld direkt den Empfängern zugutekommen und nicht primär die Bedürfnisse des Geldgebers berücksichtigen, wie dies die chinesischen Kredite tun.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat somit aus chinesischer Sicht zwar amerikanische Kräfte gebunden, aber vor allem unnötig schlafende Hunde geweckt. Insbesondere die USA wollen China nicht zu einem gefährlichen militärischen Gegner heranwachsen sehen. Sie wollen keinen Krieg mit Beijing – weder kalt noch heiss – sondern suchen ein Arrangement. Aber nicht um jeden Preis. Biden will «drei-Banden-

Billard» spielen, Russland auf einen Status reduzieren, in dem es nicht länger eine Gefahr für seine Nachbarn darstellt, und China davon abbringen, seine Ziele mit Gewalt zu realisieren.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat somit China gesamthaft deutlich mehr geschadet als genutzt. Die grössere Abhängigkeit Russlands ist ein auf Dauer wichtiger Gewinn. Die Mobilisierung des Westens und insbesondere der USA kurz- bis mittelfris-

tig jedoch ein klarer Rückschlag. Wie das Xi Jinping wertet, ist offen. Er ist von der Dekadenz der liberalen Demokratien überzeugt und glaubt fest daran, dass sie als Regierungsmodell ausgedient haben. China mit seinem kollektiven System kann seiner Ansicht nach gar nicht anders als den Ball aufzunehmen. Er sieht in einer militärischen Auseinandersetzung mit den USA im Westpazifik, so scheint es, nicht das unausweichliche Fanal, das diesen Machtwechsel symbolisiert. Aber er will, dass sie USA sich bewusst sind, dass China einen solchen Krieg führen könnte. Und: Wir sollten nicht zu sicher sein, dass Xi immer rational handeln wird. Putin griff auch die Ukraine an, obwohl die überwiegende Mehrheit der Experten dies als irrational einschätzte und nicht glaubte.

«Und: Wir sollten nicht zu sicher sein, dass Xi immer rational handeln wird. Putin griff auch die Ukraine an, obwohl die überwiegende Mehrheit der Experten dies als irrational einschätzte und nicht glaubte.»

China als die weltweit dominierende Macht

Das Bedürfnis, Chinas Fähigkeiten und umfassende Überlegenheit zu betonen, zieht sich wie ein roter Faden durch Xis Politik. Man will die USA nicht nur wirtschaftlich überholen, sondern will sie in allen Bereichen für jeden sichtbar als Nummer 1 ablösen. China strebt an, wieder zum Reich der Mitte zu werden, zum Zentrum der Erde, dem alle Staaten Kotau leisten. Im 15. Jahrhundert liess Kaiser Yongle eine Hochseeflotte bauen, wie sie die Erde noch nicht gesehen hatte. Diese besuchte alle Staaten des südchinesischen Meeres, des Indischen Ozeans und der arabischen Halbinsel, um sie dazu zu bewegen, eine Delegation nach Beijing zu entsenden, die dem chinesischen Kaiser huldigte und ihm Tribut entrichtete. Dabei stand nicht das finanzielle Element im Vordergrund. Die besuchten Staaten erhielten aus den Schatzschiffen der Flotte (den mit neun Masten grössten bis dahin gebauten Segelschiffen der Welt) Geschenke, die dem Tribut gleichkamen oder ihn gar übertrafen. Der Kotau war der entscheidende Punkt, nicht das Geld. Ein solches Denken ist Europa fremd. Man muss sich seiner Existenz im gesamten Interaktionsbereich mit China jedoch bewusst sein.

China (und Russland) geht viel von der «Soft Power» ab, die die Stellung der USA als Weltmacht mitprägt. China – wie auch Russland – hat kaum Verbündete (ausser, im Falle Chinas, Russland und Nordkorea, bzw. im Falle Russlands, Belarus und China). Chinesisch ist als Weltsprache und Lingua franca völlig ungeeignet. Musik und Mode erobern nicht von China aus die Hitparaden der Welt. Noch tun das Musicals oder Serien. Chinesische Bücher schaffen es nicht, weltweit verlegt zu werden und einen Platz auf den Bestsellerlisten zu erobern. Der Yuan kann nicht den Dollar als Grundlage des internationalen Währungssystems zu verdrängen. Chinas Macht und Einfluss beruht auf seiner Wirtschaft und seinem Militär.

Das chinesische Verteidigungsbudget hat sich von gut 20 Milliarden USD 2001 bis 2021 auf knapp 300 Milliarden USD vervierzehnfacht. Nur die USA gaben mehr für das Militär aus (800 Milliarden USD).

Die chinesischen Streitkräfte werden systematisch ausgebaut. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Ausbau der Marine zu. China hat mit 360 Schiffen die zahlenmässig grösste Flotte der Welt. Die USA besitzen knapp 300 Schiffe. Viele der chinesischen Einheiten sind jedoch nur zur Küstenverteidigung geeignet. Das ändert sich schnell. Allein zwischen 2015 und 2019 hat China 132 neue Kriegsschiffe in Dienst gestellt. Die USA brachten es im gleichen Zeitraum auf 68, Indien auf 48, Japan auf 29, Australien auf 9, Grossbritannien auf 4 (davon allerdings zwei grosse Flugzeugträger), Frankreich 17 und die Deutschland 3.

«Die chinesischen Streitkräfte werden systematisch ausgebaut. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Ausbau der Marine zu. China hat mit 360 Schiffen die zahlenmässig grösste Flotte der Welt.»

Die chinesische Marine verfügt über 2 Flugzeugträger (mit zwei weiteren im Bau und nochmals 2 – vermutlich nuklearen – in der Planung), 6 nukleare U-Boote mit ballistischen Raketen (SSBN), 6 nukleare (SSN) und 57 konventionelle Jagd-U-Boote, rund 20 Zerstörern und 50 Fregatten. Hervorgehoben werden muss die 055-Klasse, die von den Chinesen als Zerstörer klassifiziert werden, von der NATO aber mit ihren 10 000 Ton-

nen Wasserverdrängung zu Recht als Kreuzer eingestuft werden. Mit modernen U-Boot-Abwehrwaffen, Flak-Raketen sowie einer seegestützten Version der chinesischen Anti-Träger Hyperschall-Rakete bewaffnet, sind dies mehr als beeindruckende Schiffe. Acht stehen in Dienst, weitere 16 sind im Bau oder geplant.

China hat dieser schnell wachsenden Flotte, die sich längst von einer «Brown Water Fleet» zu einer «Blue Water Fleet» entwickelt hat, Basen im süd- und ostchinesischen Meer und in Djibouti errichtet. Weitere sind in Pakistan, Kambodscha und Sri Lanka im Bau. Der chinesische Aussenminister Wang Yi hat mit einer Reise, die ihn in sechs Inselstaaten des Zentralpazifiks führte (Salomonen, Kiribati, Vanuatu, Samoa, Fidschi, Mikronesien) eine neue Dimension der maritimen Ambitionen Chinas eröffnet. China suchte mit den vernachlässigten Inseln der Region Sicherheitsabkommen abzuschliessen. Das gelang nur mit den Salomonen, das einen fünfjährigen Vertrag unterschrieb, unter dem Beijing Truppen und Polizei in den Inselstaat schicken und seine militärische Infrastruktur nutzen kann. Aber weitere Versuche, eine Stützpunktkette im Pazifik zu schaffen, werden zweifellos folgen. Das Ziel ist eindeutig: Amerikanische Flugzeugträger sollen schon auf dem Weg in den Westpazifik von chinesischen Langstreckenaufklärern geortet und mit von diesen gestarteten Hyperschall-Raketen bekämpft und abgefangen werden. Chinas eigene Flugzeugträger sollen, östlich von Taiwan stationiert, die Insel von jeder amerikanischen Zufuhr abschneiden. Eine «Perlenkette» von Basen soll gleichzeitig den Schutz der chinesischen Handelsflotte (vor allem im Indischen Ozean) ermöglichen.

China kauft ca. 80 Prozent seiner Waffenimporte in Russland ein. Chinesische Armee- und Marineeinheiten nehmen regelmässig an russischen Manövern teil. Bei der Truppe haben in Russland produzierte Waffen einen höheren Respekt als jene aus dem eigenen Land. Kampfpiloten wollen auf russischen Maschinen fliegen. Angesichts der Tatsache, dass westliche Infanterie-Ausbildung und Material sich im Ukraine-Krieg als deutlich überlegen zeigen, ist das nicht ein Zeichen besonderen Vertrauens. Chinas militärische Bäume wachsen vielleicht weniger steil in den Himmel als es uns erscheint. Insbesondere fördern liberale Demokratien das eigenständige Denken. Berufssoldaten sind Wehrpflichtigen überlegen. Das raue, um nicht zu sagen brutale, Klima in den russischen (und wohl auch

«Rüstungskontrollverträge werden, wenn es überhaupt zu solchen kommen sollte, inskünftig China einschliessen müssen, was dieses jedoch strikt ablehnt. Ob Rüstungsbegrenzung je wieder zum politischen Thema wird, bleibt schwer abzuschätzen. Vorderhand steht jedoch zuerst nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung auf dem Programm.»

in den chinesischen) Streitkräften schreckt Soldaten ab, sich nach der Grundausbildung zur Weiterbildung zum Unteroffizier zu melden. In der Folge fehlt dieses Rückgrat von erfahren Kadern, werden Offiziere (bis in den Generalsrang) gezwungen, offensiv von der exponierten Spitze her zu führen (und entsprechend hohe Verluste zu erleiden). Auch die mehr als 80 Jahre Erfahrung, welche die USA im Bertreiben und im Einsatz von Flugzeugträgern haben, lassen sich nicht über Nacht erwerben.

Weltweit nehmen die Militärausgaben weiter zu. Gemäss SIPRI erreichten sie 2021 2,113 Billionen USD oder 238 USD pro Einwohner unseres Planeten (6,0 Prozent der weltweiten Regierungsausgaben). Insbesondere der Ausbau des chinesischen nuklearen Arsenal wird die bisherige Balance in diesem Bereich verschieben. Rüstungskontrollverträge werden, wenn es überhaupt zu solchen kommen sollte, inskünftig China einschliessen müssen, was dieses jedoch strikt ablehnt. Ob Rüstungsbegrenzung je wieder zum politischen Thema wird, bleibt schwer abzuschätzen. Vorderhand steht jedoch zuerst nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung auf dem Programm.

Die Entwicklung von Hyperschall-Raketen durch Russland und China hatte in den USA einen ähnlichen Schock ausgelöst wie seinerzeit der Start des ersten russischen Satelliten, Sputnik. Mittlerweile sind die Amerikaner dabei nachzuziehen und auch erste Abwehrsysteme zu entwickeln. Der russische Entscheid, nicht nur eine Drohkulisse gegen die Ukraine aufzuziehen, sondern sie unter Bruch aller Verträge, die Europas Sicherheit regelten, anzugreifen und zu versuchen, sie militärisch zu unterwerfen, veränderte auch tiefgreifend die amerikanische Einschätzung der chinesischen Rüstungsanstrengungen.

Besondere Unruhe ausgelöst hat, dass China mit dem Bau von bisher rund 300 neuen Silos für interkontinentale Nuklearraketen begonnen hat, zusätzlich 100 neue

schienenmobile Abschussrampen in Dienst gestellt sowie zwei zusätzliche Nuklear-U-Boote mit seegestützten Interkontinentalraketen (SLBM) der Flotte hat zu laufen lassen. Die Silokonstruktion findet vor allem in der Provinz Gansu, in der dortigen weiten Wüste statt. Zuerst wurde in Jumen ein Feld für 120 Silos entdeckt. In den letzten 6 Monaten kamen weitere Felder hinzu. Die Silos dürften für DF-41, die leistungsstärksten chinesischen Interkontinentalraketen, bestimmt sein, die mit bis zu 10 Sprengköpfe zu 150 Kilotonnen bestückt werden können. Die Tatsache, dass China bald statt über die traditionell niedrige Zahl von 270 strategischen Sprengköpfen bald über potentiell mehr als 3000 ICBM verfügen wird, sorgt für Aufregung. Das wäre zweimal so viele Sprengköpfe wie die USA und Russland besitzen. Es bedeutet auch eine komplette Abkehr von der bisherigen Nuklearstrategie, die auf einem Verzicht auf den Ersteininsatz und dem Glauben beruhte, schon eine einzige Bombe sei Abschreckung genug.

China würde quasi über Nacht zur dominanten Nuklearmacht. China auszubremsen, wird zur ersten Priorität für Biden. Die amerikanische Gegnerschaft zu China wurde von Trump eingeleitet, der allerdings weniger auf die wachsende militärische Macht Chinas achtete, sondern auf das Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber China fokussierte. Der Ukraine-Krieg zog die wachsende Macht der autoritären Regime ins gleissende Rampenlicht. Washington musste jetzt erstmals auch mit einer engen Allianz von Moskau und Beijing und koordinierten militärischen Operationen der beiden rechnen. Das veränderte die Lage komplett. Selbst für die USA könnte das zu viel sein.

Beijing dürfte sich umgekehrt erinnern, welche Mobilisation in den USA dem Angriff auf Pearl Harbour folgte. Xi lehnte daher Gesuche Putins um

militärischen Beistand, bzw. die Lieferung von militärischen Gütern ab. Xi sieht sich gezwungen, auf der internationalen Bühne moderat aufzutreten. Ein Krieg um Taiwan könnte sehr leicht zum Weltkrieg eskalieren. Das will, zumindest gegenwärtig, auch Xi nicht. Aber: Er will den USA demonstrieren, dass er einen Krieg gegen sie führen könnte. Das ist brandgefährlich genug. Schon nur die Möglichkeit, dass Chinas Machtposition weniger wirtschaftlich als militärisch begründet werden könnte, ist alarmierend. Und: Es haben auch nur wenige Putin zugetraut, die Ukraine anzugreifen. Autokraten sind unberechenbar.

China schlittert in eine Verbundkrise

Auf anderen Gebieten liefen die Dinge nach dem nach dem Erlöschen der olympischen Flamme für China nicht gut. Bilder und Dokumente aus den Umerziehungslagern in dem vor allem Uiguren (und Tibeter) «umerzogen» werden,

fanden ihren Weg in die Öffentlichkeit und belasteten Chinas Image schwer. Da war die anhaltende Krise in der chinesischen Alterspyramide, wo sich wegen der Einkind-Politik eine riesige Deckungslücke in der Altersvorsorge abzeichnet. Da war auch der zunehmende Konfrontationskurs den Xi gegenüber den chinesischen «Oligarchen» einschlug, deren

ökonomische Macht er keinesfalls in politischen Einfluss umgemünzt sehen wollte.

Da war aber vor allem die Omikron-Variante des Covid-19-Virus. Viel ansteckender als die bisherigen Corona-Abarten, hatte sie in den USA und Europa zur Infizierung grosser Teile der Bevölkerung geführt. Im Westen traf das Virus allerdings auf eine Bevölkerung, die gute Impfstandards aufwies (vielfach drei oder vier mRNA-Impfungen, die während Monaten über 90% Schutz

«Der Ukraine-Krieg zog die wachsende Macht der autoritären Regime ins gleissende Rampenlicht. Washington musste jetzt erstmals auch mit einer engen Allianz von Moskau und Beijing und koordinierten militärischen Operationen der beiden rechnen. Das veränderte die Lage komplett. Selbst für die USA könnte das zu viel sein.»

«Ein Krieg um Taiwan könnte sehr leicht zum Weltkrieg eskalieren. Das will, zumindest gegenwärtig, auch Xi nicht. Aber: Er will den USA demonstrieren, dass er einen Krieg gegen sie führen könnte. Das ist brandgefährlich genug.»



gegen Covid-19 gewährten und die Zahl der Hospitalisierungen stark reduzierten). Omikron konnte in diesem Umfeld nur geringen Schaden anrichten. Für die Meisten gingen die Folgen nicht über jene einer zweitägigen Erkältung hinaus. Nur relativ wenige Fälle konnten nicht ambulant behandelt werden; die Belegungsdichte der Betten auf den Intensivstationen nahm ab und die Zahl der Todesfälle reduzierte sich drastisch. In gewissem Sinne wirkte Omikron wie eine flächendeckende Booster-Impfung, die die Impfwilligen ebenso erfasste wie die Impfgegner. Die meisten westlichen Staaten konnten im Frühjahr 2022 ihre Anti-Corona-Massnahmen aufheben. Sie erlebten 2022 den ersten normalen Sommer seit Ausbruch der Seuche.

In China präsentierte sich die Lage völlig anders. Xi hatte (und will vermutlich noch immer), den Umgang mit Corona zum Symbol der chinesischen Überlegenheit machen und den chinesischen Ansatz eng mit seiner Person verknüpfen. Jeder Gedanke, dass das Virus einem chinesischen Laboratorium entwichen sei, wurde vehement verneint. Xis Strategie, auf jeden Ausbruch mit weiträumigen und drakonischen Lockdowns zu reagieren, hatte anfänglich geholfen, die Fallzahlen niedrig zu halten. Sie wurde aber, als Omikron China erreichte, schnell zu einem Riesenproblem. Die Lockdowns betrafen nach dem Auftreten von Omikron ab dem Winter 2021/22 die wichtigsten Containerhäfen des Landes. Es folgten Shanghai und andere Wirtschaftsmetropolen. Schliesslich wurde auch Beijing betroffen. Waren dümpelten in Hundertausenden von Containern auf Schiffen dahin, die vor überfüllten Häfen auf Reede lagen. Betriebe, die diese Waren produzierten, stellten den Betrieb ein. Die Arbeitslosigkeit stieg rapide an. Die Zulieferketten versanken im Chaos. Chinas Wirtschaft kam ins Stottern, dann ins Schleudern.

Bereits im Vorjahr, 2021, wurde die erfolgsverwöhnte chinesische Wirtschaft erstmals mit fundamentalen Problemen konfrontiert. Die Immobilienblase, die sich in China aufgebaut hatte, platzte. Grosse Immobilien-Firmen wie «Fantasia» oder «Sinic» gerieten in einen Schuldensog, aus dem sie sich nicht mehr aus eigener Kraft retten konnten. Die Regierung entschied sich nach langem Zögern gegen ein Hilfspaket. Die Aktienkurse der betroffenen Firmen brachen zusammen. Lehmann Brothers liess grüssen. Es kam nicht zu weiterem Schaden; aber die Wirtschaft hatte erstmals angedeu-

tet, dass zumindest einige der Füsse, auf denen sie stand, tönern sein könnten.

Xi hat es fertiggebracht, zwei seiner wichtigsten Politikbereiche (das Wirtschaftswachstum und den Kampf gegen Covid-19) auf Konfrontationskurs zu lenken. Die Lockdowns halbierten bis Mitte Jahr das geplante Wirtschaftswachstum. Bis Mai war für das laufende Jahr nur noch von 4,5 Prozent Wachstum die Rede, Tendenz weiter schnell sinkend. Die chinesischen Eliten, die bisher, ohne zu murren, hinter Xi gestanden haben, werden unruhig. Das fand Ausdruck vor allem in einer Rede des Ministerpräsidenten Li Keqiang, in der er Millionen von Beamten anwies, alles zu unternehmen, um den Wachstumsverlust zu stoppen. Noch im Vorjahr hatte Xi seine Position scheinbar unangreifbar gemacht als ihm das Zentralkomitee der kommunistischen Partei die Amtszeitbeschränkung für ihn aufhob und ihm so den Weg zu einer dritten Amtszeit als Präsident ebnete. Das ZK hob ausdrücklich hervor, dass er inskünftig von keinem Beratergremium mehr abhängig sei. Mit seiner Rede wurde Li bereits in einigen westlichen Medien bereits als Nachfolge-Kandidat von Xi gehandelt. Das erkennt, das in China das Amt des Ministerpräsidenten als jene eines technischen Beamten eingeschätzt wird, nicht als politische Machtposition. Das überschätzt ferner den Grad der Irritation, die Xi ausgelöst hat. Aber seine Machtbasis zeigt erste Fadenrisse.

Wie stets in Diktaturen, war das erste Schwächezeichen des Regimes, der Zerfall der Rolle der Berater um den Machthaber herum. Ehrlicher und guter Rat wurden durch Hofieren, Schmeichelei und Wunschdenken ersetzt. Xi hatte mit den Säuberungen im Rahmen des Kampfes gegen die Korruption den Widerstandswillen der Partei gebrochen. Er, der wie ein freundlicher Grossvater ausschaut, der sich gerade entschlossen hat, seinem Enkelkind ein Eis zu kaufen, ist ein eiskalter Autokrat. Seinen Säuberungen fielen 4 Mio. Parteimitglieder zum Opfer, darunter mehr als 400 mit dem Rang eines Stellvertretenden Ministers oder höher. Niemand wagt mehr, in der Öffentlichkeit eine Rolex zu tragen. Xi, der eine alle Bereiche umfassende Strategie entworfen hatte, die das Land zur führenden Nation der Welt machen soll und die darauf ausgelegt ist, die Macht der kommunistischen Partei zu verewigen, begann daher ab 2022, Fehler zu machen und sich in den Problemen zu verstricken. Er sah sich als der



überlegene Vollstrecker der Machtübernahme durch Chinas kollektivistisches System. Sein überhöhtes revolutionäres Feuer geht vermutlich auf Erlebnisse während seiner Jugend zurück, wo er während der Kulturrevolution als junger Mann auf einem Bauernhof als Zwangsarbeiter eingesetzt wurde und möglicherweise ein Stockholm-Syndrom entwickelte, um zu überleben.

Bei Corona steht der erfolgsgewohnte Xi plötzlich vor einem unlöslichen Dilemma: Hält er an der Politik der Lockdowns fest, so würgt er Chinas Wirtschaft ab. Lockert er diese Politik, wird sich Omikron in der Bevölkerung explosionsartig verbreiten. Deren Impfschutz taugt nichts. Die überalterte Bevölkerungsstruktur macht sie zudem besonders verwundbar. Das Gesundheitssystem auf dem Land wäre einem Corona-Ansturm nicht gewachsen. Das Resultat wären Hunderte von Millionen Infizierter, geschätzte anderthalb Millionen Tote sowie das Risiko, dass sich bei solchen Fallzahlen neue, potentiell gefährlichere Varianten herausbilden würden. Vor allem wäre es eine schallende Ohrfeige für Xi, der das Gesicht komplett verlieren würde, wenn Omikron China überrennen sollte. China wäre statt Klassenprimus plötzlich Klassenletzter. Für Xi gibt es keinen Ausweg. Das Wahrscheinlichste ist, dass Omikron sich zwar langsam, aber unausweichlich verbreitet und die Lockdowns anhalten. Xi verliert zwar auch in diesem Szenario, gewinnt aber ein wenig Zeit. Xi dürfte hoffen, dass die Lage erst zusammenzubrechen beginnt, wenn der 20. Volksparteitag vorüber und er für eine dritte Amtszeit gewählt ist. Das Datum für das Treffen steht noch nicht fest.

China wankt unsicheren Zeiten entgegen

China wankt daher ökonomisch unsicheren Zeiten entgegen. Das führt zu negativen Auswirkungen für die gesamte Weltwirtschaft. Die Lieferketten werden noch weiter zerrüttet. Die bisher scheinbar unaufhaltsame Globalisierung verliert an Kraft. Vieles wird wieder in der Nähe produziert. Kurze Verbindungswege, Liefersicherheit, Vorratslager und nationale Produktionskapazitäten gewinnen wieder an Bedeutung. Ein Mischregime dürfte sich bilden, in dem die Globalisierung einzelne Teilbereiche (vor allem Cyber) weiter dominiert, in anderen aber eine Rückkehr zu den Zeiten zuvor eingeschlagen wird. Die bereits eingetretene Zerrüttung hat jedoch ein Ausmass erreicht, das ein Zurückdrehen des Rades erschwert. Der Krieg zwischen

Russland und der Ukraine belastet die Situation zusätzlich massiv. Da ist die Verknappung der fossilen Rohstoffe, vor allem von Gas und von Öl, die durch die explodierende Nachfrage nach Elektrizität und durch den Entscheid der EU, sich von russischen Importen unabhängig zu machen, die Engpässe in Produktion und Lieferung verursacht. In China sind stundenlange Ausfälle bei Elektrizität und Erdgas bereits die Regel. Im nächsten Winter dürfte es auch in Europa zu Ausfällen kommen; auch in der Schweiz. Da ist zusätzlich der Einbruch der russischen Wirtschaft, die in diesem Jahr wegen der Sanktionen um 10 Prozent oder mehr schrumpfen könnte. Die Sanktionen kosten aber auch den Westen etwas. Die Haushalte sehen sich mit einer Verknappung des Angebotes im Energiebereich, bei Lebensmitteln und bei einer breiten Palette von Konsumgütern konfrontiert, die zu einer wahren Explosion der Inflationsraten führt, die von Null auf 8 Prozent oder mehr emporschnellen.

Die Zinsen steigen als Folge überall an, während die Aktien zu einem Tiefflug angesetzt haben und der Bitcoin senkrecht abstürzt. Xis Lockdown-Politik hat somit nicht nur zu kurzfristigen Verknappungen von Gütern geführt, sondern eine ganze Reihe von schon seit Langem im Aufbau befindliche Blase zum Platzen gebracht. Die Krise zieht immer weitere Kreise. Die immer interdependentere Welt, die uns von den Verfechtern des Masters of Business Administration der amerikanischen Ostküste, des WEF und den Adepten des Shareholder Values verschrieben wurde, ächzt an allen Ecken und Enden. Die Weltbank warnt in ihrem Juni-Newsletter vor einer Stagflation, dem stärksten Wachstumseinbruch der letzten 80 Jahre und macht wenig Hoffnung auf Besserung. Westliche Firmen schliessen ihre Niederlassungen in Russland und China. Die Schuldenlast, die viele Staaten in den Zeiten billigen Geldes angehäuft haben, rächt sich jetzt. Staatsbankrotte werden zu einer realen Gefahr, wenn diese Kredite erneuert werden müssen. Aber auch die Privatkredite, Kreditkartenschulden und Hypotheken, die der Privatsektor kumuliert hat, riskieren nun für manche zu Zahlungsunfähigkeit und Bankrott zu führen. Chinas Verschuldung hat mittlerweile einsame Rekordwerte erreicht. Sie lag 2020 bei über 300 Prozent des BSP und übertraf damit diejenige von chronischen Sündnern wie den USA (254 Prozent) und Italien (257 Prozent). So hat sich die Verschuldung der privaten Haushalte von 10,8 Prozent des BSP (2006) auf mehr

«Putins wahnwitziger Krieg kombiniert sich somit mit den Folgen von Xis verfehlter Corona-Politik zu einer die ganze Weltwirtschaft bedrohenden Verbundkrise. Diesen Herbst könnten sich erstmals alle wesentlichen Weltmärkte – USA, Europa und Asien – gleichzeitig in einer Rezession befinden.»

als 55 Prozent (2019) verfünffacht. Die Preise des Wohnungssektors, die geradezu explodieren, trugen die Hauptverantwortung. Jährlich bewegt sich 1 Prozent der chinesischen Bevölkerung vom Land in die Stadt. Das treibt die Nachfrage in die Höhe. Heute kann sich ein Durchschnittsverdiener mit seinem Jahreslohn gerade einmal 2,7 m² Wohnfläche kaufen. Das schafft Unmut. Zudem birgt jede Baisse am Immobilienmarkt das Risiko in sich, dass die ohnehin prekäre Alterssicherung der Bevölkerung vollends aus dem Ruder läuft. Viele Chinesen haben ihre gesamte Pension in Beton angelegt, dem eine grössere Krisenresistenz zugetraut wird – jedenfalls bevor der Immobilienmarkt beinahe ins tödliche Schleudern geriet. Das Schlimmste konnte vermieden werden, aber der Schock ging tief. Läuft der Regierung der Immobilienmarkt aus dem Ruder, könnte es mit der stillen Duldung von Xis Autokratie schnell vorbei sein – ganz besonders, wenn die Arbeitslosigkeit steigt. Dies ist gegenwärtig aber der Fall – wegen Xis Lockdowns, wegen der Zerrüttung der Lieferketten, wegen des Stockens im Neubaubereich, wegen des Wegzugs vieler westlicher Firmen sowie wegen der Energieverknappung. In der Bevölkerung wächst der Unmut.

Die wirkliche chinesische Schuldenlast dürfte einiges höher sein als die offiziellen Zahlen ausweisen. Staatsbanken sitzen auf zahlreichen faulen Krediten und Schulden, die nicht verzinst werden, maroden Krediten und anderem schlechten Geld.

Putins wahnwitziger Krieg kombiniert sich somit mit den Folgen von Xis verfehlter Corona-Politik zu einer die ganze Weltwirtschaft bedrohenden Verbundkrise. Diesen Herbst könnten sich erstmals alle wesentlichen Weltmärkte – USA, Europa und Asien – gleichzeitig in einer Rezession befinden. Das trifft die USA ausgerechnet zur Zeit der «Mid-Term Elections», bei denen für Biden alles auf dem Spiel steht. Es vermindert aber auch die Aussichten von Xi Jinping auf eine schnelle Genesung der chinesischen Volkswirtschaft. Chinas Krise kann länger andauern. Das einst stete Vorrücken Chi-

nas wird durch eine Zukunft mit deutlichen Ausschlägen abgelöst. China ist gefordert.

Globale Konsequenzen

Die globalen Folgen sind verheerend. George Soros hat am WEF in Davos tief-schwarze Töne angeschlagen, als er davor warnte, dass wir unsere Zivilisation durch die Krise gefährdet sehen. In Zeiten sich plötzlich verknappender Energie werden die nationalen Energiestrategien zu Makulatur. Braunkohlekraftwerke werden nicht schnell genug ausser Betrieb genommen. Es werden mehr Kernkraftwerke gebaut als die verfügbaren Uranreserven es gestatten. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens werden klar verfehlt. Es wird überall schnell heisser. Extremwetterlagen werden zur Regel und richten immer grössere Verwüstungen an. Aber wir tun nichts Entscheidendes dagegen. Hunger kehrt nach Afrika und in andere Teile der Welt zurück. Die Lebenserwartung sinkt, nicht nur, aber vor allem, im globalen Süden. Die Gefahr von regelmässig wiederkehrenden Seuchen nimmt zu. Zu Corona und Ebola gesellen sich Krankheiten, von denen wir bis vor kurzem noch nie etwas gehört hatten – wie Affenpocken oder Nipah. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die hohe Infektionsrate von Omikron mit der Letalität von Erregern wie Ebola kombiniert und den Menschen vor eine tödliche Herausforderung stellt. Der tiefe Antagonismus zwischen den verfeindeten Lagern, die Putins Aggression geschaffen hat, behindert, dass die Welt gemeinsam nach Lösungen sucht. Ebenso wenig wird getan, um Afrikas Geburtenexplosion endlich in den Griff zu bekommen. Die Gefahr eines gewaltigen Migrationsdruckes Richtung Europa nimmt zu. Sie wird durch die immer schwierigeren klimatischen Verhältnisse auf dem Kontinent noch verstärkt. Die sich verdüsternden weltwirtschaftlichen Aussichten tragen das ihre dazu bei, das Bild nicht nur für Afrika zu verdüstern.

«Der tiefe Antagonismus zwischen den verfeindeten Lagern, die Putins Aggression geschaffen hat, behindert, dass die Welt gemeinsam nach Lösungen sucht.»

Mit Putin und Xi sind zwei Herrscher an der Macht, die sich mit ihrem gewaltigen Ego auf gewaltsame Irrwege begeben haben. Putin verstrickt sich immer tiefer in



das Ukraine-Desaster, Xi droht, früher oder später, Taiwan anzugreifen. Die Folgen wären noch katastrophaler als bei Putins Abenteuer. Dass derartige Konzepte, die zahllose Opfer beinhalten, überhaupt in Erwägung gezogen werden können, ist ein deutlicher Beweis dafür, dass nicht Autokratien unsere Zukunft sein können und dürfen.

So sieht es auch die taiwanesischen Bevölkerung: Im Juni 2022 waren in Meinungsumfragen nur 12,5 Prozent für den Anschluss an China. 54 Prozent für eine Unabhängigkeitserklärung, 23,4 Prozent für den Status Quo. Das gewaltsame Abwürgen von Hongkongs Philosophie «one country, two systems» durch Xi Jinping reduzierte Taiwans Sympathien für China – das gleiche tat Putins Einmarsch in der Ukraine. Zeitweilig fielen die Sympathiewerte für China in den niedrigen einstelligen Bereich. Xi schwimmen politisch die Felle davon.

Das Treffen Putins mit Xi zum Auftakt der Winterspiele wurde von der chinesischen Propagandamaschine als das wichtigste Treffen der Weltgeschichte bezeichnet, die Allianz der beiden autokratischen Mächte als das bedeutungsvollste Bündnis aller Zeiten. Die zunehmende Isolierung der beiden Länder steht in krassm Widerspruch zu dieser Einschätzung. Man hat in den letzten Jahren Alternativen verloren. Die Beziehungen sind eng, aber einseitig. China ist ohne jeden Zweifel die führende Macht. Sein BSP ist mehr als zehnmal so gross wie dasjenige von Russland. China ist mit 18 Prozent des russischen Aussenhandels der mit Abstand wichtigste Handelspartner Russlands. Umgekehrt stellt der Handel mit Moskau nur 2,4 Prozent des chinesischen Aussenhandels dar. Putins Russland schafft es nicht einmal unter die ersten zehn von Chinas Partnern. Die Umstellung der Handelswege von West nach Ost, insbesondere der Bau neuer Pipelines wird einige Jahre dauern. Im Vordergrund steht eine Pipeline, «The Power of Siberia 2», die von den reichen Gasfeldern Westsibiriens über 560 Kilometer direkt nach Beijing führt. Das wird die Bedeutung Chinas für Russland weiter anwachsen lassen.

Nach dem Höhepunkt der olympischen Winterspiele steht heute die Bewältigung der durch Putins Aggressionskrieg geschaffenen Lage im Vordergrund. Es muss hervorgehoben werden, dass die Ausrichtung Russlands auf China neu ist. Das «no limits»-Partnerschaftsabkommen von Anfang Februar stärkte Putin den Rü-

cken. Das gigantische «One Belt, One Road»-Projekt Chinas hatte Russland noch weitgehend ausgeklammert und war auf Westeuropa, Zentralasien und den globalen Süden ausgerichtet. Traditionell war China in Moskaus Sicht zu bevölkerungsreich und Sibirien zu menschenleer um, gute Beziehungen mit China zu erlauben. Putin warf diese Bedenken über Bord. Er könnte es noch bereuen. China glaubt heute, Russland in der Tasche zu haben. Dieses wird vom Junior Partner zum Satrapen. Ob auch Putins Nachfolger inskünftig an dieser Ausrichtung festhalten werden, ist offen. Die russische Invasion hat eine Welle von negativen Folgen ausgelöst, die unsere ganze Welt tangieren. Auch China kann sich dem nicht entziehen. Das Zusammenfallen von Covid-19 mit den Erschütterungen des Weltmarktes und mit den wirtschaftlichen Folgen des Krieges hat die Weltwirtschaft in allen Kontinenten erschüttert. Es kündigt sich ein Gewitter an, dessen Ausmass noch nicht abschätzbar ist. Das internationale Klima wird durch die Notwendigkeit, dem Totalitarismus die Stirn zu bieten, geprägt. Dies wird eine anhaltende Kohäsion des Westens nötig machen. Dies ist zwar unumgänglich, aber nicht einfach. Schon die Sanktionen gegen Russland drohen immer wieder zu bröckeln. Solche gegen China, etwa als Reaktion auf eine Invasion Taiwans, dürften schwer zu beschliessen sein. Zu stark ist die wirtschaftliche Abhängigkeit vieler Länder von Beijing.

Die Sorge um ein politisches Comeback von Trump

Daher sind die politischen Perspektiven der USA von besonderer Bedeutung. Kurzfristig steht die hauchdünne demokratische Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus auf dem Spiel. Verlieren die Demokraten die Wahlen, wird Biden zur *Lame Duck* und kann nichts mehr aus eigener Kraft durchsetzen. Die Perspektive eines gelähmten amerikanischen Präsidenten in der grössten Spannungszeit seit der Kuba-Krise ist ein Albtraum. Noch bedrohlicher aber sind die Präsidentenwahlen 2024. Trump scheint entschlossen, sich nochmals zur Wahl zu stellen. Seine Partei will ihn nicht, weiss, dass er den Kontakt mit der Realität letztlich verloren hat, und ernsthaft glaubt, um die Wahl betrogen worden zu sein. Die Republikaner haben aber niemanden, der ihm auf gleicher Höhe entgegentreten könnte. Die Vorwahlen könnten Trump im Kampf gegen eine zersplitterte Gruppe anderer konservativer Kandidaten sehen. Man muss

davon ausgehen, dass Trumps Wahlkampf schmutzig, auf Spaltung des Landes ausgelegt und rachsüchtig sein wird. Auf demokratischer Seite sieht es nicht besser aus. Niemand hat bessere Wahlchancen als Biden, dessen Beliebtheitsquote aber auf 39 Prozent abgesackt ist, der einige verheerende Fehler gemacht hat (z. B. den chaotischen Rückzug aus Afghanistan) und der sichtbar ein älterer Mann (geworden) ist. Die Demokraten drohen, im Wahlkampf in politischen Flügelkämpfen zu versinken, die sie sich nicht leisten können.

Eine selbstzerstörerische zweite Amtszeit Trumps ist eine echte Gefahr, sofern der Mann nicht von einem Gericht gestoppt werden kann (sei es wegen seines Putschversuches vom 6.1.2021 oder wegen finanzieller Vergehen). Zur Stunde bleibt nur das Gruselszenario, dass ab dem 20.1.2025 alle drei Grossmächte – die USA, China und Russland – von egoistischen Machtmenschen geführt werden, die nur ihre eigenen Interessen kennen und diese über alles stellen. Trifft dies ein, so ist alles möglich – einschliesslich eines grossen Krieges.

Konsequenzen für die Schweiz

Die Schweiz muss, wie China, in dieser Lage ihre Politik neu überdenken. Neutralität bedeutet für Leute wie Putin nichts. Sie bietet keinen Schutz. Sie ist zudem ein Auslaufmodell, wenn Schweden und Finnland der NATO beitreten. Irland und Österreich sind Mitglieder der EU. Neutralität ist Bestandteil der Schweizer DNA. Wir werden sie daher sicher nicht aufgeben. Sie gehört zu uns. Churchill sagte aber einmal weise: «It is not important whether a country is neutral or not; it is important on which side it is neutral on.» Neutralität darf auf keinen Fall als Verpflichtung zur Aequidistanz zwischen den Konfliktparteien missverstanden werden. Wir siedeln uns mit unserer direkten Demokratie, unserem Rechtsstaat und unserer humanitären Tradition nicht auf halbem Weg an zwischen Saddam Hussein und der grossen Koalition an, die Kuwait befreite, auch nicht auf halbem Weg zwischen Putin und der Ukraine. Wir

«Unsere politische Kultur, unsere Wesensart, unser Rechtssystem und -verständnis, unser ganzes Wertesystem, unser Selbstverständnis und unser Wesen machen uns unverrückbar zu einem liberalen und demokratischen Rechtsstaat. Dies aufzugeben, hiesse uns selbst zu zerstören.»

sind klar und unzweideutig Teil des Westens, eine liberale Demokratie und keinesfalls auch nur im Entferntesten mit Putins Diktatur verwandt. Unsere politische Kultur, unsere Wesensart, unser Rechtssystem und -verständnis, unser ganzes Wertesystem, unser Selbstverständnis und unser Wesen machen uns unverrückbar zu einem liberalen und demokratischen

Rechtsstaat. Dies aufzugeben, hiesse uns selbst zu zerstören. Neutralität bedeutet, dass wir nicht militärisch in einen Konflikt eingreifen, keine Söldner stellen, kein WK-Bataillon in die Ukraine schicken. Das internationale Neutralitätsrecht räumt dem Neutralen grosse Frei- und Ermessensspielräume ein. Im Falle einer radikalen Veränderung unseres

Umfelds hat der Bundesrat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Lage politisch neu zu beurteilen und unsere Neutralität neu so zu definieren, dass sie dieser Lage entspricht und Teil unserer Abwehrstrategie sein kann. Sie darf nicht zu einem Faktor werden, der uns international schadet, sondern muss durch kontinuierliche und flexible Weiterentwicklung einen neuen situationskonformen Sinn erhalten. In der heutigen Welt werden wir nicht daran gemessen, was wir nicht tun, sondern an dem, was wir an Leistungen einbringen.

Die Interpretation der Neutralität ist ein zutiefst politischer Akt. Einzig Bundesrat und Parlament können ihn vornehmen. Er darf nicht der Verwaltung und ihren Rechtsabteilungen überlassen werden. Genau dies aber ist der Fall. Die Rechtsstellen der Verwaltung betrachten jeden Fall im Lichte der Rechtsprechung und der bisherigen Praxis. Die Entscheide sind dementsprechend kohärent und konservativ. Sie haben nichts mit einer Lageanalyse zu tun, sondern führen die Rechtspraxis fort. Wenn wir in rasch wandelnden Zeiten nicht ständig die internationale Lage verfolgen und beurteilen, kommen wir zu falschen Schlüssen. Wie die Berater von Putin oder Xi. Der Bundesrat muss führen, nicht die Rechtsanalyse der Beamtenschaft öffentlich vortragen. Wir müssen vorwärts, nicht rückwärts blicken.



Die Blochersche Neutralitätsinitiative will eine Form der Neutralität in unsere Verfassung schreiben, die uns vor einem Jahrhundert diente, die aber mit der heutigen Grosswetterlage und unseren heutigen nationalen Interessen nichts mehr zu tun hat. Würden wir ein absolutes Verbot von Sanktionen in unsere Verfassung schreiben, so müssten wir in der Krise Autokraten unterstützen – mit Gütern, mit Krediten, mit Technologie. Damit würden wir international auf keinerlei Verständnis stossen. Wir würden vielmehr selbst mit Sanktionen belegt und massive unter Druck gesetzt.

Es ist wichtig zu zeigen, dass wir tun können, was andere nicht können. Wir müssen etwas tun, das im Interesse aller liegt. Eine vorzügliche Nutzung der Neutralität wäre z. B. in Genf, das über die grösste Expertendichte der Welt verfügt, die grossen, heute vernachlässigten Verbundthemen unserer Zeit – Pandemien, Klimawandel, Cyber, Naturkatastrophen mit Auswirkungen, die den ganzen Planeten tangieren, Demografie und Migration – durch geeignete diplomatische Sondierungen und Initiativen voranzubringen. Das würde auch in wertneutralen Gebieten Kooperationsbereiche schaffen, die später einmal als Brücken zu einem Russland nach Putin genutzt werden können. Wir müssen schon jetzt auch an die Zeit nach ihm denken.

Wir dürfen vor allem nicht unsere Stärken vergessen und uns unterschätzen. Die Eidgenossenschaft hat seit 1996 Schritt für Schritt die drei Genfer Zentren und die Maison de la Paix in Genf geschaffen. Sie gehören in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich zur Weltspitze. Es handelt sich bei allen drei um internationale Stiftungen, die auf internationaler Ebene eine Trumpfkarte von uns sind. Die drei Zentren bieten sicherheitspolitische Ausbildung, Expertise im Bereich der Minenräumung und in jenem der guten Regierungsführung sowie im Sicherheitsbereich an. Sie entsprechen besonders dringenden Bedürfnissen der Ukraine.

Die Zentren unterhalten enge Bande mit der Ukraine, sind mit den Problemen vor Ort bestens vertraut. Die Ukraine ist in zwei Stiftungsräten vertreten. Sie könnten, und sollten, der Ukraine wertvolle Hilfestellung leisten. Das Land hat einen riesigen Ausbildungsbedarf für diplomatische, sicherheitspolitische und militärpolitische Experten, die seine Verankerung im Westen vorantreiben, leiten und begleiten können. Das Genfer

Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) hat eine grosse Erfahrung in diesem Bereich (gegen 10 000 Alumni) und wird von Botschafter Thomas Greminger geführt, dem früheren OSZE-Generalsekretär, der zu den führenden Experten des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine zählt. Es gibt weltweit keine Institution, die besser für die Aufgabe geeignet wäre und über ein vergleichbares Beziehungsnetz verfügte. Die Ukraine ist zudem übersät von Blindgängern, Sprengfallen und Minen. Das entsprechende Genfer Zentrum (GICHD) für humanitäre Minenräumung könnte eine Gesamtbeurteilung des Problems vornehmen, ein «Integrated Management System for Mine Action» (IMSMA) entwickeln, das als Herzstück der operationellen Umsetzung dieses Problems dienen kann (das GICHD hat schon in 60 Ländern ein solches integriertes Programm aus dem Boden gestampft). Schliesslich kann es die Räumungsarbeiten ausbildungstechnisch, qualitätssichernd und kostengünstig unterstützen. Schliesslich ist die Ukraine, wie alle ehemaligen Sowjetrepubliken, in grossem Ausmass durch Korruption geschädigt. Das Land sucht dringend Wege, das Problem zu überwinden. Das Genfer Zentrum für gute Regierungsführung im Sicherheits- und Verteidigungsbereich (DCAF) ist auf diese Aufgabe spezialisiert und einer der besten Adressen der Welt in der Materie. Es hat die wichtigsten Kursbücher und Leitfäden auch auf Ukrainisch publiziert.

Die drei Zentren hätten zu den wichtigsten Angeboten zählen müssen, welche die Schweiz in den Wiederaufbauprozess der Ukraine einbringt. Es ist unerklärlich, weshalb das nicht so war. Wir können es uns nicht länger leisten, wertvolle Kompetenzen zu ignorieren. Die Zentren sind ein typisches Beispiel dafür, dass die Verwaltung und der Bundesrat nicht wirklich operativ denken und ressourcenbewusst handeln. Wir kreieren Perlen – und vergessen dann, sie einzusetzen. So können wir nicht weiterfahren.

Wir müssen aber auch aus unseren Erfahrungen mit Russland lernen, Abhängigkeiten zu vermeiden. China ist ein ganz anderes Kaliber. Seine Wirtschaft ist eng mit der unsrigen verwoben, durchdringt sie. Wirtschaftssanktionen drohen, uns selbst mehr zu schaden als China. Gegensanktionen würden uns hart treffen. Dies allein schon deswegen, weil China auf zahlreichen Schlüsselgebieten eine starke bis dominante Marktposition einnimmt. Geleitet von der Gilde der



MBA-Gläubigen haben wir unsere Wirtschaftspolitik losgelöst von jeglichen sicherheitspolitischen Überlegungen geführt. Wir haben China gestattet, sich unsere Technologie anzueignen, unsere besten Firmen zu kaufen, unsere Computer zu hacken. Im Globalisierungswahn wagte niemand, das auch nur in Frage zu stellen. Daher sind wir heute gezwungen, Gegensteuer zu geben. Chinas Zugang zu unseren Schlüsseltechnologien muss gestoppt und umgekehrt werden. Das betrifft vor allem den Cybersektor. Wir müssen hier wieder unsere Unabhängigkeit von China zurückgewinnen. Putins zynisches Spiel mit den Getreidelieferungen für den Süden oder seine Reduktion der Erdgas-Lieferungen an Deutschland um 60% am Vorabend von Scholz' Besuch in Kiew und um 40% an Italien im Nachgang zu diesem sind nur drei besonders krasse Beispiele für die Erpressbarkeit, in die wir geraten sind und die von den amerikanischen Ostküsten-Theoretikern und ihren Adrepten völlig ignoriert worden war.

China hat die Krise, welche Putins Einmarsch in die Ukraine auslöste, mit leichtem Gewinn abgeschlossen. Es wurde von der westlichen Reaktion überrascht, muss heute mit einer grösseren Entschlossenheit der westlichen pazifischen Nationen rechnen, Taiwan nicht einfach wie Hongkong zu opfern. Es hat sich aber nicht in die Krise hineinziehen lassen, hält sich alle Optionen offen. Dennoch ist seine Lage prekär. Die von Xi geschürte Krise, die sich aus dem Konflikt zwischen strikter Lockdown-Politik und Wachstum ergibt, zeigt auf, dass China schwierige Jahre bevorstehen. Der alleinige Herrschaftsanspruch von Xi Jinping wird nicht durch Führungsfähigkeit getragen. Xi macht Fehler, die China teuer zu stehen kommen können. Die Frage, wer 2024 amerikanischer Präsident wird, ist höchst relevant. Trump würde China vordergründig mehr Vorteile bringen, würde allerdings auch die Hochrisiko-Variante sein. Was ein rachsüchtiger, von den Realitäten in eine Scheinwelt abgeglittener amerikanischer Präsident für Unheil anrichten kann, lässt einen erschauern und muss auch China zu denken geben. Eine harte Linie gegen China ist bei den Trump-Wählern populär.

Für die Schweiz ist es wichtig, in dieser kritischen Zeit auf klare politische Führung durch den Bundesrat zählen zu können. Davon sind wir noch weit entfernt. Die Leistungsbilanz der jetzigen Landesregierung ist in Sachen Europa vernichtend und in Sachen Ukraine

phantasielos. Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz ihre nationalen Interessen definiert, weiss, wo sie in 10 Jahren stehen will, wo in 20 Jahren. Die Mitgliedschaft als nichtpermanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrates wird unser System, insbesondere unseren Entscheidungsprozess, zuerst einmal unter Stress setzen, was wir nicht gewohnt sind. Wir vergäben aber eine wichtige Chance, bliebe es einfach bei dem. Die Schweiz darf sich nicht hinter ihrer Neutralität verstecken, diese als Alibi für Nichtstun verwenden – oder, noch schlimmer, dem Finanzsektor zu gestatten, sie als Feigenblatt für illegale Finanzgeschäfte zu missbrauchen – von der Steuerhinterziehung über Geldwäscherei bis hin zur Umgehung oder nur selektiven Anwendung von Sanktionen. Das Bild der «Gnomen von Zürich» können wir uns nicht länger leisten. Wir hatten eine gemütliche Nachkriegszeit. Damit ist es vorbei. Wir können nicht länger Aussenpolitik als Serie von Wohlfühl-Projekten verstehen. Wir müssen wieder unsere nationalen Interessen definieren, Politik als Mittel begreifen, diese zu verwirklichen. Wir müssen erst wieder lernen, politisch zu denken. Wir sind gefordert. Das tut dem Land letztlich gut, kann auch der Neutralität wieder einen modernen Sinn geben. Tun wir dies nicht, riskieren wir eine schleichende internationale Isolierung. ◆